

SYKE

## Drei Menschen sterben bei Unfall

Ein überfülltes Auto ist in Syke nahe Bremen gegen einen Baum gekracht – drei Männer im Alter von 31 bis 33 Jahren kamen dabei ums Leben. Drei weitere Männer erlitten am späten Samstagabend lebensgefährliche Verletzungen, wie ein Polizeisprecher am Sonntag sagte. Der 19 Jahre alte Fahrer war demnach auf einer Landstraße von der Straße abgekommen. Die Unfallursache war am Sonntag noch unklar, Glatteis könne jedoch ausgeschlossen werden, sagte der Sprecher. Ein anderes Auto sei nicht beteiligt gewesen, auch Zeugen gebe es keine. Nach bisherigen Erkenntnissen waren alle Opfer osteuropäische Leiharbeiter.

BREMEN

## Jugendliche treten auf 13-Jährigen ein

Eine Gruppe Jugendlicher hat einen 13-Jährigen in Bremen verfolgt, angegriffen und mit Tritten verletzt. Der 13-Jährige sei am Freitagabend in einem Einkaufszentrum im Stadtteil Huchting auf einen flüchtig bekannten Jugendlichen getroffen, wie die Polizei am Sonntag mitteilte. Weil er sich bedroht gefühlt habe, sei er nach draußen gegangen, aber von dem Bekannten und weiteren Jugendlichen verfolgt worden. Der 13-Jährige wurde zu Boden gestoßen, mehrere Jugendliche traten auf ihn ein. Die Hintergründe der Tat sind unklar. Die Gruppe entkam. Der 13-Jährige wurde mit Kopfverletzungen in eine Klinik gebracht.

NORDEN

## Auto rollt ins Hafengebäck

Ein Auto ist in Norden (Landkreis Aurich) in das Hafengebäck des Norddeicher Osthafens gerollt und versunken. Eine Frau hatte den Wagen am Ufer abgestellt, aber offenbar die Handbremse nicht angezogen, wie die Feuerwehr am Sonntag mitteilte. Als sie spazieren ging, sahen Zeugen von einer Fähre aus, wie das Auto wegrollte, und alarmierten die Feuerwehr. Mit einem Kran bargen Einsatzkräfte den Wagen.



DORTMUND

## Viele Niedersachsen wollen Jagdschein

Das Interesse an der Jagd ist ungebrochen: Im vergangenen Jahr gab es bundesweit knapp 19 000 Prüfungen für den Jagdschein – die meisten davon in Niedersachsen. Wie der Deutsche Jagd-Verband mitteilte, absolvierten zwischen Nordsee, Harz und Heide 4163 Menschen die Prüfung. Allerdings fielen 19 Prozent durch. Geprüft werden unter anderem Themen wie Wildbiologie, Hundewesen, Waffenkunde sowie Jagd-, Tier- und Naturschutzrecht.



Gewusst wo: Für E-Auto-Fahrer ist laut Metropolregion nicht ersichtlich, wie viele Ladestellen es tatsächlich gibt. Foto: Katrin Kutter

# Sag mir, wo die Säulen sind

VON SEBASTIAN STEIN

Fahrer von E-Autos haben es manchmal schwer, den nächsten Ladepunkt für ihr Fahrzeug zu finden

**Hannover.** Laut einer Analyse der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg ist die genaue Anzahl von Ladesäulen für Elektroautos in Deutschland nicht bekannt. Zwar existiere eine Reihe von Verzeichnissen, allerdings alle mit unterschiedlichen Angaben. Auf der offiziellen Seite der Bundesnetzagentur sind demnach deutlich weniger Ladepunkte angegeben, als Autofahrern tatsächlich zur Verfügung stehen. In der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg liegen laut Agentur 335 Standorte mit Ladeinfrastruktur für E-Autos. Das bekannte Nutzerportal Goingelectric listet hingegen 741 Standorte mit dreimal mehr Ladepunkten, darunter aber auch solche, die nur von Tesla-Fahrzeugen genutzt werden können.

Die Bundesnetzagentur sieht sich allerdings nicht in der Verantwortung, alle Standorte zu erheben oder zu veröffentlichen. „Wir wissen, dass die Ladesäulenkarte unvollständig ist“, sagt Sprecher Michael Reifenberg auf

Anfrage. Das Register werde aber nur geführt, um Sicherheit und Betrieb von öffentlich zugänglichen Ladepunkten zu gewährleisten. Zudem erfasst die Agentur nur solche Ladestellen, die nach März 2016 gemeldet wurden und deren Betreiber der Veröffentlichung zugestimmt haben.

Problematisch werden die unvollständigen Daten, wenn die Planung und Förderung neuer

Säulen auf einer falschen Grundlage beruht. Das niedersächsische Wirtschaftsministerium bestätigt, dass bei der Entscheidung über Förderanträge für den ländlichen Raum die Daten der Bundesnetzagentur über öffentlich gemeldete Ladesäulen genutzt würden. Künftig werde die Auswahl aber über eine neue Software des Bundes erfolgen, heißt es aus dem Ministerium.

### ZUR SACHE

#### ADAC fordert mehr Transparenz

Der Automobilclub ADAC hat Betreiber von Ladesäulen zu einer transparenten Preispolitik aufgefordert. „Kunden können an der Ladesäule oft nicht erkennen, welche Preise abgerechnet werden“, sagte der ADAC-Vizepräsident für Verkehr, Gerhard Hillebrand, der Deutschen Presse-Agentur. Er

kritisierte auch die Preisgestaltung einiger Ladesäulenbetreiber. „Von verbraucherfreundlichen Rahmenbedingungen bei der Elektromobilität kann aktuell leider mit Blick auf das Laden nicht die Rede sein.“ Dabei sei dies eine entscheidende Grundvoraussetzung für einen Erfolg der Elektromobilität.

E-Auto-Nutzer wüssten häufig nicht, wo das Laden überall möglich sei, kritisiert Raimund Nowak, Geschäftsführer der Metropolregion. Er fordert deshalb „eine offizielle deutschlandweite und letztlich auch europaweite Kartierung der Ladeinfrastruktur vom Bundesverkehrsministerium“.

Die Metropolregion kritisiert neben der fehlenden Transparenz auch die Qualität der Ladesäulen. Bei einer nicht repräsentativen Stichprobe stellten die Tester Defizite in der Funktion für E-Auto-Fahrer fest – von defekten Säulen über eine gedrosselte Leistung bis hin zu intransparenten Preisen. Störungsmeldungen auf dem Nutzerportal Goingelectric würden diese Annahmen bestätigen. „Eine unabhängige Instanz muss für die Kontrolle der Funktionsfähigkeit sorgen“, meint Nowak von der Metropolregion. Als Vorbild sehen die Verantwortlichen das europaweite Netz an verknüpften Lademöglichkeiten von Tesla. Es gebe einen einheitlichen Preis und das Auto leite den Fahrer von Ladepunkt zu Ladepunkt – „da müssen wir für alle Elektrowagen hin“.

## Debatten im Landtag sind kultivierter

**Hannover.** Die Debattenkultur im niedersächsischen Landtag hat sich im Vergleich zu früheren Jahren spürbar verbessert. Wüste Wortgefechte und persönliche Angriffe, mit denen die Abgeordneten gerade bei Besuchergruppen einen schlechten Eindruck hinterließen, gibt es nur noch selten, wie die meisten Parteien einhellig feststellen. Zum einen haben seit dem Start der großen Koalition die Grabenkämpfe zwischen SPD und CDU ein vorläufiges Ende. Zum anderen bremsst auch die Aussicht, in einer künftigen Regierung womöglich mit anderen Partnern zu regieren, die Politiker bei ihren Verbalattacken.

„Der niedersächsische Landtag pflegt eine gute Debattenkultur im Vergleich zum Bundestag“, sagte Landtagspräsidentin Gabriele Andretta (SPD). Dies sei auch dem neuen Plenarsaal geschuldet, der eine gute Arbeitsatmosphäre ermögliche. „Man sitzt nicht so eng aufeinander.“ Bei allem notwendigen Streit in der Sache, der dazugehöre, gingen die Abgeordneten meist respektvoll miteinander um. „Die Verrohung der Debatten in Onlinemedien hat auch zu einer neuen Sensibilität geführt, gerade auch bei Politikerinnen und Politikern“, stellte Andretta fest.

## Ehrenamt kostenlos im Nahverkehr?



Mit der Ehrenamtskarte können deren Besitzer Vergünstigungen in öffentlichen Einrichtungen genießen. Foto: Daniel Reinhardt

**Hannover.** Wer sich ehrenamtlich engagiert, kann nach Vorstellung der SPD im niedersächsischen Landtag bald auf vergünstigte Tickets für den Nahverkehr hoffen. Die Sozialdemokraten wollen das Ehrenamt attraktiver machen und dazu „als Zeichen des Dankes“ die Rabatte der Ehrenamtskarte ausbauen. „Insbesondere für den ländlichen Raum könnte die Ehrenamtskarte auch mit Vergünstigungen oder Freifahrten im ÖPNV einhergehen“, heißt es in einem Fünf-Punkte-Plan der Fraktion. Darüber hinaus sollen in Sportvereinen aktive Ehrenamtler Steuervorteile bekommen.

SPD-Fraktionschefin Johanne Modder fordert vor dem Hintergrund zunehmender Übergriffe auch gegen Ehrenamtler zudem eine „Respektkampagne“. Mit einer neuen App will die SPD die Ehrenamtler auch besser vernetzen und Infos zum Ehrenamt bündeln. In Niedersachsen ist nach Angaben der SPD fast jeder zweite über 14-Jährige ehrenamtlich aktiv. Bundesweit belegt Niedersachsen damit den fünften Platz.

# Feuerwehrrpflicht rückt näher

VON CHRIS WECKWERTH

**Wangerooe.** Der Freiwilligen Feuerwehr auf Wangerooe gehen die Mitglieder aus – weshalb den Inselbewohnern eine Verpflichtung zum Feuerwehrdienst droht. So jedenfalls wurde es im Dezember beschlossen. Zwar haben sich mittlerweile einige Freiwillige für die Aufgabe gefunden, es sind allerdings nicht genug. Sieben Einwohner meldeten sich, fünf von ihnen erfüllen die Voraussetzungen, um den Lehrgang zu absolvieren, wie der parteilose Bürgermeister Marcel Fangohr sagte. Derzeit gebe es 16 Aktive bei der Feuerwehr, „wir bräuchten mindestens 26. Das schreibt der Gesetzgeber vor.“

Man wolle keine Pflicht, betonte der Bürgermeister: „Das wäre das Schlimmste.“ Er hoffe darauf, dass bis Ende des Monats noch Freiwillige dazukommen. „Wenn nur noch wenige

Noch immer gibt es auf Wangerooe nicht genügend Freiwillige – deshalb könnte in einer Woche eine Dienstpflicht beschlossen werden

fehlen, werden wir nicht verpflichtet.“ Dann will die Kommune laut Fangohr lieber auf Werbung setzen und etwa „bei einem Mitmachtag der Feuerwehr den Spaß in den Vorder-

grund stellen“. Der Gemeinderat der Nordseeinsel hatte Mitte Dezember einstimmig beschlossen, dass Bürger zum Dienst verpflichtet werden können, wenn nur noch 23 oder we-



Der Mitgliedermangel bei der Feuerwehr Wangerooe bleibt akut, die Dienstpflicht könnte tatsächlich kommen. Foto: Carmen Jaspersen/dpa

niger Aktive der Feuerwehr angehören. Damit wurde der Weg zur ersten Pflichtfeuerwehr in Niedersachsen frei gemacht.

Eigentlich ist dem Bürgermeister zufolge eine viel höhere Mitgliederzahl von 35 wünschenswert: „Wegen der Inselgröße kann schließlich nicht einfach eine Nachbarfeuerwehr zur Unterstützung anrücken“, sagte Fangohr.

Von den knapp 1400 Bewohnern der Insel habe es bisher kaum Reaktionen auf die Feuerwehrpflicht gegeben. „Es kam eine Drohmail. Die Person drohte mit körperlicher Gewalt, wenn wir sie verpflichten“, erzählte der Bürgermeister.

Laut Niedersächsischem Brandschutzgesetz können Menschen zwischen 18 und 54 Jahren verpflichtet werden, die gesundheitlich für den Dienst geeignet sind. Die Entscheidung soll in gut einer Woche fallen.